



# Blickpunkte

## Inhalt

**SPD - Rente mit 67 aussetzen**

**Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts**

**SPD fordert flächendeckenden Mindestlohn**

**Wulff muss alles offenlegen**

**Ergebnis der UN-Klimakonferenz reicht nicht aus**

**Mehr Demokratie in der Infrastrukturpolitik wagen**

**Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert**

- Höhere Anerkennung für das Ehrenamt
- Organspendebereitschaft erhöhen
- Amerikanischer Gast in Nottuln

V.i.S.d.P.:  
Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Redaktion:  
Dr. Marc Schrammeyer  
Postfach 11 56  
48600 Ochtrup  
Tel. 02553/9771053  
Fax 02553/9771054  
[buero.ochtrup@arndt-brauer.de](mailto:buero.ochtrup@arndt-brauer.de)



Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Jahre sind es noch bis zur nächsten Bundestagswahl. Genug Zeit für eine Bundesregierung, um die anstehenden großen Herausforderungen anzugehen. Doch anstatt etwa bei der Pflege, dem Lohndumping und der Altersarmut anzupacken, stehen uns dank der schwarz-gelben Koalition zwei weitere verlorene Jahre ins Haus.

Die schwarz-gelbe Koalition hat es beinahe zu einer Kunstform erhoben, sich ausschließlich nur noch mit sich selbst und den eigenen Unzulänglichkeiten zu befassen, statt richtungsweisender Politik für dieses Land zu gestalten. Mit einem immensen Vertrauensvorschuss war schwarz-gelb in das Amt gewählt worden. Man erwartete wahre Wunder von dieser Koalition. Stattdessen zerlegt sich die FDP ganz ohne Hilfe von außen selbst und die CDU sucht einen Fettnapf nach dem nächsten. Die Peinlichkeiten des Bundespräsidenten Wulff sind dabei nur eine Episode von vielen.

Die Angst vor Neuwahlen ist bei CDU/CSU und FDP so groß, dass sie bis 2013 durchhalten werden. Merkels Wunschpartner war die FDP. Sie ist nun auf Gedeih und Verderb von ihrem Wohlwollen abhängig, denn nichts muss die FDP mehr fürchten als den Rauswurf aus der Regierung oder Neuwahlen. Die Scheinstabilität der Koalition wird aber mit dem Verzicht auf dringend notwendige politische Entscheidungen erkaufte. Die anstehenden notwendigen politischen Entscheidungen würden in der Koalition Konflikte erzeugen und allein deshalb werden wir eine Stillstand erleben.

Dabei gibt es in zahlreichen politischen Themenfeldern dringend Handlungsbedarf: Im Kampf gegen das Lohndumping bedarf es heute mehr denn je eines einheitlichen, verbindlichen Mindestlohnes. Der Mindestlohn muss dabei so hoch sein, dass jemand, der Vollzeit arbeitet, seinen Lebensunterhalt davon bestreiten kann. Dieses ist aber mit der CDU derzeit nicht zu machen. Diese will auch in Zukunft Millionen Menschen nach der Arbeit lieber zum Sozialamt schicken. Wie die Gewerkschaften fordert auch die SPD einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde. Nur so werden Vollzeitbeschäftigte unabhängig von Hartz IV. Zudem schützen faire Löhne vor Altersarmut.

Als weiteres dringendes Vorhaben sieht die SPD das Zurückdrängen des Missbrauchs der zeit- und Leiharbeit an. Neben einem gesetzlichen Mindestlohn müssen deshalb Zeit- und Leiharbeiter mit den Stammbeschäftigten gesetzlich gleichgestellt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Das muss das Ziel sein. Dafür steht die SPD.

Ihre

*Ingrid Arndt-Brauer*





# Blickpunkte

## Rente mit 67 aussetzen

Um eine faktische Rentenkürzung zu vermeiden, will die SPD den für 2012 vorgesehenen Einstieg in die Rente mit 67 aussetzen, bis es genügend Arbeitsplätze auch für ältere Arbeitnehmer gibt. Generalsekretärin Andrea Nahles fordert CSU-Chef Horst Seehofer mit Blick auf seine kritischen Äußerungen zur Rente mit 67 auf, der Gesetzesänderung zu zustimmen.



© spd.de / Almstedt

Am 1. Januar hat die schrittweise Anhebung der Altersgrenze für die Rente von 65 auf 67 Jahre begonnen. Doch die Situation der Arbeitsmöglichkeiten für Ältere ist schwierig. Im Frühjahr des vergangenen Jahres waren nicht mehr als 26,4 Prozent der 60- bis 64-Jährigen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

### Chancen für Ältere auf einen Arbeitsplatz immer noch zu gering

„Ein Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters ist nur dann möglich, wenn die rentennahen

Jahrgänge, also die 60- bis 64-Jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mindestens zu 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind“, sagte SPD-Generalsekretärin gegenüber der „Rheinischen Post“ (Mittwoch). Weil die Voraussetzungen für die Erhöhung gegenwärtig nicht gegeben sind, hatte die SPD zuletzt beim Bundesparteitag Anfang Dezember dafür plädiert, die schrittweise Einführung der Erhöhung der Rentenaltersgrenze ab 2012 nicht vorzunehmen. Erst wenn es genügend Arbeitsplätze für Menschen über 60 gibt, soll nach dem Willen der Sozialdemokraten die Rente mit 67 kommen.

### Nahles fordert Zustimmung der CSU

Nahles kündigte deshalb einen Gesetzentwurf an, in dem die Anhebung des Renteneintrittsalters ausgesetzt wird. Sie forderte die CSU auf, dem Antrag im Bundestag zuzustimmen. CSU-Chef Horst Seehofer hatte am Wochenende die Rente mit 67 in Frage gestellt. Wenn sich die Situation für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt nicht rasch ändere, werde die Verlängerung der Lebensarbeitszeit faktisch zu einer massenhaften Rentenkürzung. Dies sei mit ihm nicht zu machen, so Seehofer.

„Wenn Horst Seehofer es mit seiner Kritik an der Rente mit 67 ernst meint, muss er seinen Worten Taten folgen lassen“, betonte Nahles. Interviews reichten nicht aus, um die Probleme der Menschen zu lösen. Die CSU müsse im Bundestag für eine Gesetzesänderung stimmen.

### Beschäftigungssituation Älterer verbessern

Die SPD hält grundsätzlich an der Anhebung des Rentenalters fest. Sie kann aber nicht abgekoppelt von der arbeitsmarktpolitischen Lage gesehen werden. Deshalb



# Blickpunkte

hatten die Sozialdemokraten 2007 in der Großen Koalition darauf bestanden, dass der Beginn der Erhöhung des Renteneintrittsalters mit der Überprüfung der Beschäftigungssituation Älterer verknüpft wird.

Um mehr Arbeitsplätze für Ältere zu schaffen, hatten die Delegierten des Parteitags Anfang Dezember ein ganzes Maßnahmenbündel verabschiedet. Unter anderem spricht sich die SPD dafür aus, die Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik weiter im bishe-

rigen Umfang zu nutzen. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, mit den Kürzungen in diesem Bereich und in der Weiterbildung sich ihrer Verantwortung zu entziehen, eine längere Beschäftigung für Ältere zu ermöglichen.

## Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland

**Auch nach mehr als zwanzig Jahren Deutsche Einheit und der erfolgreichen Überleitung der DDR-Alterssicherung existiert in Ost- und Westdeutschland kein einheitliches Rentenrecht. Trotzdem bleibt die Rentenüberleitung eine Erfolgsgeschichte und eine große Leistung aller Bürgerinnen und Bürger in Ost und West. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem einzuführen. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Koalition mit ihrer Großen Anfrage „Zwanzig Jahre Rentenüberleitung – Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland“ (Drs. 17/5540) dazu bringen, zu erklären, wie sie ihr Ziel erreichen will. Dazu fand am 15. Dezember 2011 eine Debatte statt, in der auch zwei weitere SPD-Anträge zur Angleichung der Renten in Ost und West (Drs. 17/6487 und 17/6486) debattiert wurden.**

### Will Schwarz-Gelb noch ein einheitliches Rentensystem in Ost- und Westdeutschland?

Die Qualität der Antwort der Bundesregierung ist mangelhaft. Die Bundesregierung stiehlt sich aus der Verantwortung für ihr im Koalitionsvertrag festgeschriebenes Ziel eines einheitlichen Rentensystems in Ost- und Westdeutschland. Sie beantwortet nicht die Fragen zu den unterschiedlichen Modellen zur Angleichung der Renten. Auch die vorhandenen Daten hat sie nur unzureichend aufgearbeitet, und im „Regierungsdialog Rente“ spielt die Angleichung der Renten in Ost- und West keine Rolle.

Sollte die Bundesregierung bei der Angleichung der Rentensysteme vorankommen wollen, so muss sie dafür den gesellschaftlichen Konsens suchen, einen solchen Prozess wird die SPD-Fraktion unterstützen.



© pixelio / M. Bürke

### Pauschal bewertete Versicherungszeiten sofort angleichen

Zu den offenen Fragen der Rentenüberleitung gehört auch die Ungleichbehandlung, wonach rentenrechtlich pauschal bewertete Versicherungszeiten noch immer zu unterschiedlichen Rentenanwartschaften in Ost und West führen. Eine Erziehungszeit, die heute in Ostdeutschland erbracht wird, ist genauso viel wert wie in den alten Bundesländern und muss nach zwanzig Jahren deutscher Einheit denselben Rentenzahlbetrag ergeben. Gleiches gilt für Pflegezeiten für Angehörige, für Zivildienst- und Wehrdienstzeiten sowie für Zeiten der Beschäftigung in einer Werkstatt



# Blickpunkte

für behinderte Menschen. Für diese gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, für die Beiträge zur Rentenversicherung aus Steuermitteln finanziert werden, soll es zukünftig einheitliche Rentenanwartschaften in West- und Ostdeutschland geben. Dies fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag.

## Einrichtung eines Härtefallfonds

Ein weiterer Antrag widmet sich der berechtigten Kritik großer

Teile der ostdeutschen Öffentlichkeit, dass Anwartschaften einzelner Berufsgruppen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen unzureichend im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) erfasst werden. Von Beginn an hat dies zu Protesten, Petitionen und Klagen durch alle gerichtlichen Instanzen geführt. Aus grundsätzlichen sozialpolitischen Erwägungen und wegen sozialer Verwerfungen, die durch die Unterschiedlichkeit der beiden Rentensysteme entstanden sind, muss

für Härtefälle ein sozialer Ausgleich geschaffen werden. Dieser soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln finanziert werden. Hierzu soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die die Kriterien für die Anerkennung von „Härten“ und die Ausgestaltung eines „Härtefallfonds“ entwickeln soll.

## SPD fordert flächendeckenden Mindestlohn „2012 muss das Jahr der fairen Löhne werden“

**Damit am Arbeitsmarkt endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird und die Leiharbeit nicht ausfert, hat SPD-Chef Sigmar Gabriel konkrete Vorschläge gemacht. Unter anderem fordert er höhere Lohnuntergrenzen und einen Lohnzuschlag für Leiharbeitende – als Ausgleich für ihr unsicheres Beschäftigungsverhältnis.**



© spd.de / Marco Urban

Schlecht bezahlte, atypische und prekäre Beschäftigung haben in den letzten Jahren rasant zugenommen. Schon lange ist das

Normalarbeitsverhältnis nicht mehr der Normalfall. Auch unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ist der Niedriglohnssektor zu sehr ausgeweitet

worden. Unsichere Beschäftigungsformen haben zugenommen. Inzwischen gibt es über 900.000 Leih- und Zeitarbeitende in Deutschland.

Nicht erst in seiner Rede beim Bundesparteitag Anfang Dezember hatte Parteichef Sigmar Gabriel Fehler der SPD in den vergangenen Jahren eingeräumt. „Nie wieder darf eine sozialdemokratische Partei den Wert der Arbeit infrage stellen“, sagte Gabriel. Und nie wieder dürften sich die Sozialdemokraten von den Gewerkschaften so weit entfernen.

Auf ihrem Parteitag hatte die SPD mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket einen erneuten Vorstoß für mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt beschlossen.



# Blickpunkte

Am Wochenende sprach sich der SPD-Vorsitzende für höhere Lohnuntergrenzen aus. Altersarmut könne nur „durch gute Löhne vermieden werden“, sagte Gabriel gegenüber „Welt Online“. „2012 muss deshalb das Jahr der fairen Löhne werden.“

## Mindestlohn für Zeit- und Leiharbeit unzureichend

Scharf kritisierte er, dass die Bundesregierung einen „völlig unzureichenden Beschluss für einen Mindestlohn in der Zeit- und Leiharbeit gefasst“ habe. Die SPD wolle dafür sorgen, dass am Arbeitsmarkt gleiches Geld für gleiche Arbeit für Stammbeschäftigte und Leiharbeiter endlich ohne Ausnahme gelten müsse. Gabriel: „Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, der für alle gilt. Und wir brauchen ein Gesetz, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantiert.“ Ursprünglicher Zweck der Leih- und Zeitarbeit war es, Produktionsspitzen abzudecken. Heute wird Leiharbeit aber zunehmend zu Tariffucht und Lohndumping missbraucht und bietet kaum Chancen, in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu wechseln.

## SPD will Missbrauch der Zeitarbeit verhindern

Um diesen Missbrauch zu stoppen, forderte der SPD-Chef über die gleiche Bezahlung von Stammbeschäftigten und Leih- und Zeitarbeitern hinaus einen zehnpromzentigen Einkommenszuschlag. Gabriel schlug vor, über eine Regelung aus dem Nachbarland Frankreich zu diskutieren. Als Ausgleich für die unsichere Beschäftigung erhalten Zeit- und Leiharbeiter dort zehn Prozent mehr Lohn als vergleichbare Festangestellte. „Das ist eine kluge Regelung“, betonte Gabriel.

## Gewerkschaften loben Gabriel-Vorstoß

Unterstützung erhält der SPD-Vorsitzende von den Gewerkschaften. Der Vorschlag sei ein „wichtiges Signal für die Auseinandersetzung in der Leiharbeit um Equal Pay“, sagte die Dienstleistungsgewerkschaft verdi. Der von Gabriel geforderte Ausgleich für das unsichere Arbeitsverhältnis in Höhe von zehn Prozent sei „die optimale Lösung, um die vereinbarten Tariflöhne zu schützen“.

## Zeitarbeitsbranche lehnt Einkommenszuschlag ab

Ganz anders sieht das naturgemäß die Leih- und Zeitarbeitsbranche. Der Vizepräsident des Bundesarbeitgeberverbands der Personaldienstleister (BAP), Thomas Bäumer, meinte, der Vorschlag sei „absurd“. Mit einer solchen Regelung würde die Nutzung von Leiharbeit unattraktiv. Er warnte davor, „Äpfel mit Birnen zu verwechseln“. Man könne die Leih- und Zeitarbeitsbranchen in beiden Ländern nicht miteinander vergleichen. So würden im Gegensatz zu Deutschland in Frankreich die Arbeitenden nur dann bezahlt, wenn sie angestellt seien und produktiv arbeiten. Hierzulande hingegen seien die Zeit- und Leiharbeiter sozialversicherungspflichtig beschäftigt, mit allen Arbeitgeberrisiken und Arbeitnehmerrechten. Auch der Interessenverband deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) wehrte sich: „Wir brauchen in Deutschland keine Unsicherheitsprämie“, sagte IGZ-Hauptgeschäftsführer Werner Stolz“. Bis Ende März müssen Gewerkschaften und Zeit- und Leiharbeitsbranche eine Lösung gefunden haben, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantiert.

## Alle Beschlüsse des Bundesparteitages...

...finden Sie unter: [http://www.spd.de/aktuelles/Parteitag\\_2011/21424/beschluesse\\_bpt\\_2011.html](http://www.spd.de/aktuelles/Parteitag_2011/21424/beschluesse_bpt_2011.html)



# Blickpunkte

## Wulff muss alles offenlegen



© spd.de

**Aufgrund der offenen Fragen in der Kredit- und Medienaffäre hat SPD-Chef Sigmar Gabriel den Bundespräsidenten aufgefordert alles offen zu legen – auch den Wortlaut des umstrittenen Bild-Telefonats. Nur so könne die Öffentlichkeit entscheiden, „ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht“. In der Pflicht sei auch die Bundeskanzlerin. „Sie hat ihn ins Amt geholt, sie muss das jetzt auch klären.“**

Auch nach dem TV-Interview von Bundespräsident Christian Wulff bleiben zahlreiche Fragen in der Kredit- und Medienaffäre offen – neue sind hinzugekommen. Unter anderem meint Wulff, bei seinem Anruf auf die Mailbox des Bild-Chefredakteurs am 12. Dezember lediglich um eine Verschiebung des Berichts über seinen umstrittenen Privatkredit gebeten zu haben. Dies bestreitet die Bild-Zeitung. Wulff habe die Berichterstattung nicht nur hinauszögern, sondern verhindern wollen. Um die Kontroverse zu beenden hatte die Zeitung gestern in einem öffentlichen Schreiben an den Bundespräsidenten darum gebeten, den Wortlaut des Telefonats veröffentlichen zu dürfen. Wulff hatte dies jedoch abgelehnt.

### **Auseinandersetzung ist „unwürdig und abstoßend“**

„Es ist schlimm, dass der Bundespräsident es überhaupt so weit hat kommen lassen“, kommentiert der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in der „Bild“-Zeitung die Vorgänge. Die ganze Ausein-

dersetzung sei „unwürdig und abstoßend“. Wulff habe aber die Maßstäbe für das, was mit einem Bundespräsidenten gemacht werden könne, selbst verschoben. „Seine Spitzfindigkeiten haben dazu geführt, dass nicht mehr klar ist: Sagt er die Wahrheit oder nicht?“ Bei keinem Bundespräsidenten zuvor sei diese Frage überhaupt aufgetaucht. Gabriel: „Ein deutscher Bundespräsident hat aber nur die Macht des Wortes. Dem muss man glauben können.“

### **„Transparenz versprochen aber nicht geliefert“**

So „bitter und unwürdig“ das auch sei, jetzt müsse Wulff alles offenlegen – auch den Wortlaut seiner Nachricht, fordert der SPD-Vorsitzende. Sonst könne die Öffentlichkeit nicht entscheiden, ob der Bundespräsident die Wahrheit gesagt habe oder nicht. Denn Wulff habe bislang nur Transparenz versprochen aber nicht geliefert, kritisiert Gabriel.

### **„Bundeskanzlerin muss das jetzt auch klären“**

„Wenn er das nicht von alleine versteht, muss ihm das jemand raten.“ Das könne nach Lage der Dinge nur die Bundeskanzlerin, so der SPD-Chef weiter. „Sie hat ihn ins Amt geholt, sie muss das jetzt auch klären.“

Scharf kritisiert der SPD-Vorsitzende auch den Fernsehauftritt von Wulff. „Dass wir so weit gekommen sind, dass ein deutscher Bundespräsident meint, sich einem medialen Gerichtsverfahren stellen zu müssen, ist schon für sich genommen unfassbar. Dann aber auch noch so zu tun, als wäre er Opfer einer Medienkampagne, war noch schlimmer.“ Kassiererinnen im Supermarkt würden schon entlassen, „weil sie nur einen Pfandbon eingesteckt haben, aber der Bundespräsident meint, für ihn können Sonderregeln gelten“.

So wie Wulff und Merkel mit der Affäre umgingen, verschieben sie „die Maßstäbe für Anstand, Respekt, Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit in der Politik in die falsche Richtung.“ Beide zerstörten damit die bürgerlichen Werte, für die sie angeblich stünden. „Der Bundespräsident hatte die Chance, die Debatte mit Offenheit und Ehr-



# Blickpunkte

lichkeit zu beenden. Leider hat er sie nicht genutzt.“

## „Wulff ist Kandidat von Frau Merkel“

Doch weshalb hat die SPD dann keinen Rücktritt des Bundespräsi-

denten gefordert, fragen die Journalisten. Seine Partei habe sich „aus Respekt vor dem Amt bewusst zurück gehalten“, antwortet Gabriel. Es sei nicht die Aufgabe der SPD, den Bundespräsidenten zum Rücktritt aufzufordern. „Wir haben ihn nämlich

nicht gewählt. Bei uns ist klar, dass wir einen besseren Bundespräsidenten wollten: Joachim Gauck. Christian Wulff war und ist der Kandidat von Frau Merkel.“

## Durban: Große Herausforderungen – Kleine Antworten Ergebnis der UN-Klimakonferenz reicht nicht aus

**Die Auswirkungen des Klimawandels werden überall auf unserem Planeten sichtbar. In Bayern gab es Waldbrände im November, Inselstaaten sind vom steigenden Meeresspiegel bedroht, Gletscher ziehen sich zurück und Unwetter führen zu verheerenden Überflutungen. Angesichts dieser Herausforderungen ist das Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Durban als ein zu kleiner Schritt zu bewerten. Doch um die durchschnittliche Erderwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten, muss sofort gehandelt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die eigenen Klimaschutzaktivitäten zu verstärken, Zusagen an Entwicklungsländer einzuhalten, neue Allianzen einzugehen und sich in der EU für das 30-Prozent-Treibhausgasreduktionsziel einzusetzen.**



© pixelio / R. Kaupil

## Die Ergebnisse von Durban

Die internationale Staatengemeinschaft hat mit der Verabschiedung der „Durban platform“ eine Tür geöffnet, den Kampf gegen den Klimawandel mit großer Verspätung dennoch aufzunehmen. Bis 2020 soll ein verbindliches Vertragswerk entste-

hen, das nicht nur die Industrieländer, sondern auch die schon weit entwickelten Schwellenländer zur CO<sub>2</sub>-Minderung verpflichtet. Die USA, China und Indien sollen also dabei sein. Bis 2015 soll das neue Abkommen ausverhandelt sein und nach der Ratifikation durch die Mitgliedstaaten bis 2020 in Kraft treten. Mit der Einigung soll auch das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll verlängert werden, um die Zeit bis zu dem neuen Vertrag zu überbrücken. Zu dem Kyoto-Prozess bekennen sich aber nur noch Staaten, die 15 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verursachen. Kanada hat nach der UN-Klimakonferenz seinen Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll erklärt. Außerdem soll 2012 ein Arbeitsprogramm für

den Grünen Klimafonds beschlossen werden.

## Vage Ergebnisse von Durban nicht schönreden

Am 16. Dezember 2011 diskutierte der Bundestag im Rahmen einer Regierungserklärung die Ergebnisse des UN-Klimagipfels, der vom 28. November bis 11. Dezember im südafrikanischen Durban stattfand. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag eingebracht. Schönrederei über die UN-Klimakonferenz verdunkelte die eigentlichen Herausforderungen, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch, in Richtung von Bundesumweltminister Röttgen (CDU). Es sei völlig unklar, was für ein



# Blickpunkte

Abkommen bis 2015 verhandelt werde und was das Ergebnis der Verhandlungen sein werde. Auch sei völlig offen, ob es sich um ein rechtsverbindliches Abkommen handeln werde.

## Zusagen an Entwicklungsländer einhalten

Die Bundesregierung hätte ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt, weil sie Zusagen an die Entwicklungsländer nicht einhalte, sondern z. B. die „Fast-Start“-Mittel für schnelle Anpassungen in Entwicklungsländern an die Auswirkungen des Klimawandels mit anderen Zahlungen in der Entwicklungshilfe verrechne. Auch in den Grünen Klimafonds, in den die Industrieländer zur Unterstützung der armen Länder bis 2020 100 Milliarden US-Dollar einzahlen sollen, ist noch kein einziger Cent geflossen. Alle Zusagen, die im Bereich des Klimawandels gemacht würden, müssten zusätzliche Mittel sein, forderte Miersch.

## Neue Allianzen eingehen

Die UN-Klimakonferenz wurde von den Rednern der SPD-Bundestagsfraktion zwar als wichtige Plattform des Klimaschutzes bezeichnet, dennoch erreiche sie nicht die Dynamik, die notwendig wäre, um den Klimaschutz voran zu bringen. Deshalb sollten neue Allianzen eingegangen werden. In Durban sei sichtbar geworden, dass es in einigen kleineren Ländern Bewegung im Klimaschutz gebe, berichtete der stellv. umweltpolitische Sprecher Frank Schwabe. Gleichzeitig drückte er sein Er-

staunen über die Zurückhaltung des Bundesumweltministers und der Kanzlerin nach dem Austritt Kanadas aus dem Kyoto-Protokoll aus.



© pixelio / Spengemann

## Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen denken

Die Finanz- und die Klimakrise müssten zusammen gedacht werden. Denn wer in die Wirtschaft von morgen investieren wolle, investiere in Klimaschutz-Technologien. Deshalb solle Deutschland voran und nicht mit den Bremsern gehen. Seit 1998 seien in Deutschland viele Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien entwickelt worden. Das Ziel sei eine zukunftsgerichtete Wirtschafts- und Energiepolitik. Fraktionsvize Ulrich Kelber forderte einen Grenzausgleich über Zölle für Waren aus Ländern, die keine Anstrengungen für den Klimaschutz unternehmen. Zudem sollen Wirtschaftsminister Rösler (FDP) und Umweltminister Röttgen endlich das Hin- und Her zur EU-Energieeffizienzrichtlinie aufgeben und ambitionierte Ziele formulieren.

## 32 plus 32 Länder für den Klimaschutz

In ihrem Entschließungsantrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, sich bis zum Mai 2012 dafür einzusetzen, dass für die EU bis 2020 das 30-Prozent-Ziel für die Reduktion von Treibhausgasen gegenüber 1990 gilt. Geschieht dies nicht, zerfällt der Handel mit Emissionszertifikaten, deren Preis schon heute nur noch 6,50 Euro pro Zertifikat beträgt.

Des Weiteren ist schnellstmöglich bekannt zu geben, aus welchen Bereichen die Finanzierung des Grünen Klimafonds sichergestellt werden soll. Größtenteils muss es eine öffentliche Finanzierung sein, doch auch der internationale Flug- und Schiffsverkehr soll einen Beitrag leisten.

Neben dem UN-Klimaprozess soll es neue Allianzen der fortschrittlichen Staaten geben, um mehr Verbindlichkeit, ambitionierte Zusagen zur Treibhausgasreduktion sowie zur Finanzierung zu erreichen. Dazu schlagen die Sozialdemokraten zunächst eine Klimaschutz-Allianz von 32 europäischen Staaten – darunter alle EU-Mitglieder – mit 32 Schwellen- und Entwicklungsländern Afrikas und Lateinamerikas vor. Diese 64 Staaten sollen auf allen internationalen Treffen und in allen internationalen Organisationen geschlossen auftreten. Mit einem Emissionshandel innerhalb dieser 32plus32-Allianz soll eine saubere Entwicklung gefördert werden.

Außerdem fordern die Sozialdemokraten, dass die Bundesregierung eine konsequente Klimapolitik betreibt und ihre Klimaschutzziele verbindlich in einem Klimaschutzgesetz festlegt.



# Blickpunkte

## Mehr Demokratie in der Infrastrukturpolitik wagen Frühere Bürgerbeteiligung für schnellere Planungsverfahren

Die aktuellen Proteste gegen „Stuttgart 21“ und den Flughafen Berlin-Brandenburg International sowie die damit verbundenen Flugrouten machen deutlich, dass sich bei der Bürgerbeteiligung und der Planung von Infrastrukturprojekten einiges ändern muss. Deshalb erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen ihres Projekts Zukunft ein Konzept, wie Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur transparenter im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern schneller geplant und umgesetzt werden können.



© pixelio.de / monoxyle

### Bürgerbeteiligung an Konzept für bessere Bürgerbeteiligung

Transparenz ist den Sozialdemokraten schon bei der Entwicklung ihres Konzepts ein wichtiges Anliegen. Das Konzept wurde im Dialog mit Verbänden, Wirtschaft, wissenschaftlichen Experten und Bürgerinitiativen erarbeitet. Sie konnten zu einem ersten Dialogpapier Stellung beziehen und wurden in Workshops eingebunden. Das daraus entstandene Papier, das die SPD-Fraktion am

13. Dezember beschlossen hat, steht ab Mitte Januar für die breite Öffentlichkeit zur Weiterentwicklung im Internet bereit. Nach dieser Bürgerbeteiligung wird ein endgültiges Konzept beschlossen, das gegebenenfalls auch als Antrag in den Bundestag eingebracht wird. Ziel der SPD-Fraktion ist es, einen Leitfaden für eine moderne Infrastrukturpolitik für die Zeit nach 2013 zu entwickeln.

### Bürgerinnen und Bürger sollen früher einbezogen werden

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass künftig gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entschieden wird, welche Infrastruktur unser Land braucht. Deshalb sollen sie bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt realisiert werden soll, mit einbezogen werden. Dazu muss die Öffentlichkeit bei der Bundesverkehrswegeplanung und bei der Netzplanung für Energieleitung frühzeitig beteiligt werden. Das zeigt deutlich, den Sozialdemokraten geht es um einen neuen Politikansatz, der in der Tradition der SPD seit Willy Brandt verhaftet ist: Mehr Demokratie wagen!

Die Bürgerinnen und Bürger sollen bereits mitentscheiden, wenn

es um den Verlauf von Trassen für Verkehrswege oder Energieleitungen geht. Dazu sollen sie verpflichtend im Vorverfahren vor der Planfeststellung beteiligt werden. Es soll einen verpflichtenden öffentlichen Vorerörterungstermin geben, und alle Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben, schriftlich entweder online oder per Brief Stellung zu nehmen.

Alle Genehmigungsbehörden und öffentliche Träger von Planungen sollen einen Bürgeranwalt einsetzen, der die Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen der Beteiligung berät und darauf achtet, dass alle Beteiligungsrechte eingehalten werden.

Durch die frühere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sollen Konflikte minimiert und Klagen verhindert werden. Bürgerbeteiligung ist für die Sozialdemokraten kein Widerspruch – ganz im Gegenteil.

### Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligung festlegen

Die SPD-Bundestagsfraktion will eine Verpflichtung zur Beteiligung der Öffentlichkeit bei allen Neubau-, Ausbaurvorhaben und Maßnahmen zur Unterhaltung



# Blickpunkte

von Infrastruktur einführen, wenn deutliche Auswirkungen auf Mensch und Natur zu erwarten sind. Künftig sollen alle interessierten Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld der Planfeststellung beteiligt werden und nicht nur die unmittelbar Betroffenen. Die Bürgerbeteiligung soll zu allen Fragen der Planung durchgeführt werden und nicht nur, wenn die EU-rechtlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung ansteht. Außerdem sollen Planungsträger und Behörden verpflichtet werden, Alternativvorschläge ernsthaft prüfen zu lassen. Dadurch soll es zu wirtschaftlicheren Lösungen kommen, weil Alternativen frühzeitig diskutiert und kostspielige Fehlplanungen vermieden werden. Die Möglichkeit einer Mediation mit unabhängiger Moderation soll rechtlich verankert werden. Die Bundesregierung soll den Genehmigungsbehörden einen Instrumentenkasten bereitstellen, aus dem sie geeignete Teilnahmeverfahren auswählen können.

## **Klare Regeln für transparente Planungsverfahren**

Sämtliche Planungsunterlagen sollen der Öffentlichkeit per Internet und auch durch Auslage an einem öffentlichen Ort zugänglich gemacht werden. Den Planungsunterlagen muss verpflichtend eine verständliche Zusammenfassung der Planung und ihrer Auswirkungen beigelegt werden. Alle Anhörungs-, Erörterungs- und Scopingtermine sollen öffentlich stattfinden. Bei große-

ren Projekten soll die Pflicht bestehen die Planungsalternativen zu visualisieren, z.B. durch Computersimulationen.



© pixelio.de / Wulff

## **Bürgerbeteiligung auf Bundesebene**

Volksbegehren und Volksentscheide sollen zu Grundsatzfragen der Infrastrukturentwicklung auf Bundesebene zugelassen werden, also z.B. zu den Bedarfsplänen für Bundesverkehrswege und zum Netzausbau im Energieleitungsbereich.

## **Planungen und gerichtliche Überprüfungen beschleunigen**

Dazu will die SPD-Fraktion von Doppelprüfungen zur Umweltverträglichkeit vermeiden: Was im Raumordnungsverfahren geprüft worden ist, muss nicht noch einmal in der Planfeststellung untersucht werden. Es sollen mehr Spielräume zur Festsetzung von Ausgleichsmaßnahmen für Anwohner geschaffen werden, z.B. zum Lärmschutz, um langwierige Konflikte zu vermeiden. Eine schnellere gerichtliche Überprüfung von Planungsentscheidungen soll dadurch erreicht werden,

indem diese sich darauf konzentriert zu untersuchen, ob die vorgeschriebenen Verfahren eingehalten worden sind.

## **Bürgerbeteiligung beim Bau von Flughäfen und der Festlegung von Flugrouten verbessern**

Die Deutsche Flugsicherung soll verpflichtet werden, bei der Festlegung der An- und Abflugrouten die Öffentlichkeit bereits bei der Vorplanung zu beteiligen. Bei der Planfeststellung von Flughäfen und neuen Landebahnen sollen in einem noch festzulegenden Radius rund um den Flughafen alle Gemeinden und Bewohner das Recht auf Einwendungen und Anhörung haben. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Flugrouten jederzeit neu festgelegt werden können und damit neue Gemeinden betroffen sind.

## **Weitere Konzepte sollen im Dialog entwickelt werden**

2012 will die Projektgruppe Infrastrukturkonsens weitere Dialogpapiere zu folgenden Themen vorlegen:

- Neuausrichtung des Bundesverkehrswegeplans
- Bürgerfreundliche Planung neuer Energiestrassen
- Flächendeckende Breitbandversorgung



# Blickpunkte

## Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

### Höhere Anerkennung für das Ehrenamt



*Greven.* Noch gut im Gedächtnis sind allen das Schneechaos 2005 und die Hochwasserkatastrophe August 2010 im Münsterland. Zu den Helfern bei solchen Einsätzen zählt auch das Technische Hilfswerk, kurz THW genannt. In Greven machte sich jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer ein Bild von den Aufgaben des THW. Die Politikerin folgte dabei einer Einladung des Grevenener Bürgermeisters Peter Vennemeyer, der auch Mitglied des örtlichen Technischen Hilfswerkes ist. Es ist das vielfältige Aufgabenspektrum, das Engagement und die Qualität ihrer Arbeit, mit der sich die Angehörigen des THW seit der Gründung im Jahr 1950 im In- und Ausland ihren guten Ruf erarbeitet haben. Hier wird kompetente technische Hilfeleistung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistet. Dazu gehören nicht nur Ortung, Rettung und Bergung von Menschen, sondern auch Hilfe bei Überflutungen und Überschwemmungen. Das THW kümmert sich bei einem Katastropheneinsatz um Strom- und Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie die Einrichtung von Notunterkünften für die Bevölkerung.

Klaus Elfert, Ortsbeauftragter des THW Greven, bestätigte Ingrid Arndt-Brauer auf Nachfrage, dass

das THW auch durchaus für Frauen und Mädchen interessant sei. Gerade beim THW-Nachwuchs könne man auf einen Zugewinn verweisen. Grundsätzlich sei die Nachwuchsgewinnung nicht so schwierig, wie häufig im ehrenamtlichen Bereich zu beobachten sei, so Elfert weiter. Die Kameradschaftspflege im Verein sei hierbei ein positiver Effekt. Mit auf den Weg gab man der Politikerin, dass man sich eine höhere Anerkennung des Ehrenamtes wünscht. Hier stießen die ehrenamtlichen Mitarbeiter des THW auf offene Ohren. „Zumindest eine Anrechnung auf die Rentenansprüche müsste für ehrenamtlich Tätige gesetzlich geregelt werden“, so Arndt-Brauer abschließend.

### Organspendenbereitschaft erhöhen



*Kreis Steinfurt.* Frank-Walter Steinmeier hat das Thema Organspende wieder aktuell gemacht. Nach der Nierenspende für seine Ehefrau setzt sich der SPD-Fraktionsvorsitzende parteiübergreifend für eine Gesetzesänderung ein, um die Anzahl der Organspenden zu erhöhen.

Auch der Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer (SPD) liegt das Thema Organspende schon lange am Herzen. Seit vielen Jahren ist die Politike-



# Blickpunkte

rin Inhaberin eines Organspendeausweises und spricht Menschen in ihrem Wahlkreis direkt auf das Thema an. In Münster traf sich Ingrid Arndt-Brauer jetzt mit dem Transplantationsbeauftragten der Uniklinik, Prof. Dr. Hartmut Schmidt. Im Gesprächsverlauf stellte sich heraus, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger durchaus positiv der Organspende gegenüber stehen. 'Jeder, der in die Lage kommen könnte selbst ein Organ zu benötigen, sollte bereit sein zu spenden', machte Arndt-Brauer deutlich. Bei Interesse ist die Abgeordnete gerüstet und hat immer Organspendeausweise in der Tasche.

Prof. Dr. Schmidt zeigte sich erfreut darüber, dass der Organspende von Frank-Walter Steinmeier ein neuer Denkanstoß folgte. Seither ist der Anteil der Lebendspenden für Nieren auf über 20 Prozent angestiegen. Daran könne man auch erkennen, wie wichtig Öffentlichkeitsarbeit sei. Sicher sei sich Prof. Dr. Schmidt, dass mit einer offensiven Aufklärung die Spendenbereitschaft deutlich zunehmen würde. Hierfür würde sich der Mediziner ein nationales Informationskonzept wünschen.

Mittlerweile haben sich alle Bundestagsfraktionen darauf geeinigt, dass die Bereitschaft der Bürger zu einer Spende regelmäßig abgefragt werden soll. Ein Erklärungsdruck ist aber nicht geplant. Ebenso soll es möglich sein, die Erklärung zu verweigern. Ein fraktionsübergreifender Antrag wird momentan im Bundestag beraten.

Aus seiner täglichen Praxis konnte der Transplantationsbeauftragte bestätigen, wie wichtig es sei, seinen Willen zur Organspende zu dokumentieren. Ingrid Arndt-Brauer und der Mediziner werden weiter persönlich daran arbeiten, die Spendenbereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen.

## Amerikanischer Gast in Nottuln



*Nottuln.* Seit rund sechs Wochen hat Familie Krüdwagen aus Nottuln Familienzuwachs. Der 16-jährige James Cummings (Bildmitte) aus den USA ist für zehn Monate Gast bei der Familie.

Möglich gemacht hat dies das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP), ein auf Gegenseitigkeit angelegtes Jugendaustauschprogramm. Mit diesem Programm wurde zwischen dem US-amerikanischen Kongress und dem Deutschen Bundestag vereinbart, dass junge Deutsche ein Jahr in den USA verbringen und junge Amerikaner ein Jahr in Deutschland. Für James hat die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer die Patenschaft übernommen und den jungen Amerikaner daher jetzt in seiner Gastfamilie besucht.

Claudia Krüdwagen (i. Bild li.) berichtete der Abgeordneten aus dem Wahlkreis Steinfurt I/Borken I, dass ihr Sohn Henry (2. v. li.) bereits für ein Jahr in den USA war und ihre 16-jährige Tochter derzeit ein Auslandsjahr in Panama verbringe. Deshalb hat sich auch die Familie aus Nottuln entschlossen, einen Gastschüler aufzunehmen. Die Chemie zwischen der Familie und James habe sofort gestimmt. Der Amerikaner fühle sich sehr wohl, wie er Arndt-Brauer bestätigte. Zurzeit besucht James die 11. Klasse am örtlichen Gymnasium. Beim Abschied wünschte Ingrid Arndt-Brauer James Cummings und seiner Gastfamilie alles Gute und versprach, dass sie bei Problemen gerne helfe.